



MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

38. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 19. November 1985

Nummer 72

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBI. NW.) aufgenommen werden.

Glied-Nr.	Datum	Titel	Seite
2374	2. 10. 1985	RdErl. d. Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Wohngeld	1532

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBI. NW.) aufgenommen werden.

Datum	Hinweise	Seite
	Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen	
	Nr. 19 v. 1. 10. 1985	1577
	Nr. 20 v. 15. 10. 1985	1577
	Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen	
	Nr. 57 v. 21. 10. 1985	1578

I.

2374

Wohngeld

RdErl. d. Ministers für Stadtentwicklung,
Wohnen und Verkehr
v. 2. 10. 1985 - IV C 4 - 4082 - 1903/85

Der RdErl. v. 8. 4. 1983 (SMBl. NW. 2374) wird wie folgt geändert:

1. Nach Nummer 1.4 wird folgende Nummer 1.5 eingefügt:
1.5 Allgemeine Zahlungsanordnung
Für die Wohngeldzahlungen wird hiermit allgemeine Zahlungsanordnung erteilt.
2. Die Anlagen 1 bis 15 werden durch die neugefaßten Vordrucke „Anlagen 1 bis 15“ ersetzt.

Anlagen
I bis 15

Antrag auf Wohngeld (Mietzuschuß)

Schreiben Sie bitte in Druckschrift und kreuzen Sie zutreffendes so an . Beachten Sie bitte auch die beiliegenden Erläuterungen. Erläuter- te Zeilen sind mit einem versehen, wie z. B. Zeile ②.

An den
Oberstadt-, Stadt-, Gemeindedirektor *)

Wohngeldnummer				
RB	Kreis	Gmd.	Unterscheidungs- nummer	PZ
1	2-3	4-6	7-11	12

(Falls Ihnen die Wohngeldnummer bekannt ist, bitte einsetzen)

- Erstantrag
- Wiederholungsantrag wegen Ablaufs
des Bewilligungszeitraumes
- Erhöhungsantrag

Antragberechtigt ist, wer den Mietvertrag unterschrieben hat. Haben mehrere Familienmitglieder den Mietvertrag gemeinsam abge- schlossen, ist das Familienmitglied mit dem höchsten Einkommen antragberechtigt.

① Antragsteller

(Name, Vorname, ggf. Geburtsname)

(Staatsangehörigkeit)

Anschrift

(Straße, Hausnummer, Stockwerk, ggf. Wohnungsnummer, Postleitzahl, Ort, Telefon)

Ich bin Selbständiger Beamter Angestellter Arbeiter Rentner Pensionär
 Student / Auszubildender sonst. Nichterwerbstätiger
z. Z. arbeitslos ja nein

- ② Sind Sie oder ein Familienmitglied von Ihrem Familienhaushalt vorübergehend abwesend? ja nein
(Das trifft z. B. häufig bei Handelsvertretern, Arbeitern auf Montage oder in Ausbildung befindlichen Personen zu).
Falls ja, welches Familienmitglied?

(Name)

- 3 Falls Sie Wohngeld für einen anderen als den Wohnraum in Zeile 1 beantragen:

Anschrift

(Straße, Hausnummer, Stockwerk, ggf. Wohnungsnummer, Postleitzahl, Ort, Telefon)

- 4 Ich bin Hauptmieter/Inhaber einer Genossenschaftswohnung oder sonstiger Nutzungsberechtigter (z. B. Inhaber eines mietähnlichen Dauerwohnrechts) Untermieter Heimbewohner und benutze ein Einbettzimmer ein Mehrbettzimmer
Ich bewohne Wohnraum im eigenen Mehrfamilienhaus
- 5 Wer ist der Vermieter bzw. im Falle der Untervermietung der Hauptmieter des Wohnraumes?

(Name, Anschrift)

- 6 Wann sind Sie oder die zu Ihrem Haushalt rechnenden Familienmitglieder in den Wohnraum, für den Wohngeld beantragt wird, eingezogen?

(Tag, Monat, Jahr)

- 7 Wann ist der Wohnraum erbaut und erstmals bezugsfertig geworden?

(Jahr)

Falls Sie diese oder weitere Fragen zum Wohnraum nicht beantworten können, fragen Sie bitte Ihren Vermieter.

- 8 Ist der Wohnraum nachträglich unter wesentlichem Bauaufwand ausgebaut, umgebaut oder erweitert worden? ja nein
Falls ja, wann?

(Jahr)

- 9 Ist der Wohnraum mit öffentlichen Mitteln gefördert worden? ja nein
- 10 Mein Wohnraum hat eine Gesamtfläche von _____ m².
Falls Sie Untermieter sind, geben Sie bitte die Quadratmeterzahl der Räume an, die Sie gemietet haben.
Von der Gesamtfläche sind _____ m² einem anderen unentgeltlich oder entgeltlich (z. B. untervermietet) überlassen worden;
_____ m² werden ausschließlich gewerblich oder beruflich genutzt.
Falls Sie untervermietet haben, füllen Sie bitte das hierfür vorgesehene besondere Formblatt aus.

* Nichtzutreffendes bitte streichen

11) Der Wohnraum ist ausgestattet mit Sammelheizung (Etagen-, Zentral- oder Fernheizung) Bad oder Duschraum
 12) Steht Ihnen ein unentgeltliches Wohnrecht zu? ja nein
 Die Mietkosten (Nebenkosten) betragen monatlich DM.
 Dieser Betrag ist vom (Tag, Monat, Jahr) an zu bezahlen.

Die Miete setzt sich zusammen aus der Grundmiete und den Nebenkosten. Zu den Nebenkosten gehören z. B. die Kosten der Sammelheizung und des Warmwassers. Die Kosten des Strom- oder Gasverbrauchs sind aber keine Nebenkosten. Beträge für die Übertragung einer Garage, eines Einfamilienhauses oder eines Gartens gehören ebenfalls nicht zur Miete.
 Ebenbenwichtig gehören laufende Leistungen für persönliche Betreuung und Versorgung, die der Bewohner eines Wohnheimes zu leisten hat, zur Miete.

Falls Sie Wohnraum in eigenen Mehrfamilienhaus bewohnen, geben Sie bitte als Miete den Betrag an, den Sie für vergleichbaren Wohnraum bezahlen müßten: DM.

Falls in der Miete Nebenkosten enthalten sind, geben Sie diese bitte nachstehend an. Falls Ihnen die jeweiligen Beträge nicht bekannt sind, brauchen Sie die Nebenkosten nur anzukreuzen. Es werden dann dafür vorgesehene Pauschbeträge abgesetzt.
 Kosten der Zentralheizung/Fernheizung DM
 Kosten für Warmwasser/Fernwasser DM
 Unterwierzuschläge DM
 Zuschläge für gewerbliche oder berufliche Benutzung DM
 Zuschläge für Vollmöblierung DM
 Zuschläge für Teilmöblierung DM
 Zuschläge für Küchenanbenutzung DM
 Zuschläge für Waschmaschinenbenutzung DM

13) Falls Sie neben der Miete Beiträge für die Fernheizung/das Fernwasser zu bezahlen haben:
 Wie hoch sind die Leistungen monatlich insgesamt? DM
 Wie hoch ist darin der Grundpreis einschließlich Mehrwertsteuer monatlich? DM
 14) Erhalten Sie bereits Wohngeld für anderen Wohnraum oder eine vergleichbare Leistung für diesen oder anderen Wohnraum oder haben Sie einen entsprechenden Antrag gestellt?
 ja nein

15) Falls ja, von wem erhalten Sie die Leistung bzw. bei wem haben Sie den Antrag gestellt?
 (Name, Anschrift)

 15) Bestimmen Sie private oder öffentliche Zuschüsse zur Bezahlung der Miete (z. B. von Verwandten, vom Arbeitgeber, Härtausgleich?).
 Falls ja, von wem, seit wann und in welcher Höhe monatlich?
 (Name, Anschrift, Datum, DM)

16) Rechnen Sie zu Ihrem Haushalt gerechnet hat, innerhalb der letzten 24 Monate verstorben? ja nein
 Falls ja, wer und wann?
 (Name, Vorname, Datum)

 17) Haben Sie den Wohnraum nach dem Tod des Familienmitgliedes gewechselt?
 Falls ja, wann?
 (Tag, Monat, Jahr)

 20) Haben Sie nach dem Tod des Familienmitgliedes eine weitere Person in den Haushalt aufgenommen?
 Falls ja, wen und wann?
 (Name, Vorname, Datum)

 21) Werden sich die Einnahmen der zum Haushalt rechnenden Personen in den nächsten 12 Monaten verringern oder um mehr als 10 v. H. erhöhen?
 Falls ja, bei wem, ab wann und in welcher Höhe monatlich?
 (Name, Vorname, Datum, DM)

 Grund für die Verringerung der Einnahmen oder für die erhebliche Erhöhung der Einnahmen (z. B. Rentenantrag):

 22) Rechnen zu Ihrem Haushalt Kinder, für die Kindergeld oder vergleichbare Leistungen gewährt werden?
 Falls ja, für welche Kinder?
 (Name, Vorname)

 Wer ist der Empfänger der Leistungen?
 (Name, Vorname, ggf. Anschrift)

Zu meinem Haushalt rechnen nachstehende Familienmitglieder und andere Personen,

einschließlich vorübergehend Abwesender, die folgende Einnahmen haben:

Es sind alle Einnahmen in Geld oder Geldeswert anzugeben, ohne Rücksicht auf ihre Quelle und ohne Rücksicht darauf, ob sie steuerpflichtig sind oder nicht. Auch einmalige Einnahmen sind anzugeben. Tragen Sie bitte die Einnahmen einzeln und mit ihrem Bruttobetrag ein, und zwar grundsätzlich die monatlichen Einnahmen bei der Antragstellung. Lassen sich verlässliche Aussagen über Ihre im Bewilligungszeitraum (in der Regel zwölf Monate) zu erwartenden Einnahmen nicht machen (z. B. bei erheblichen Schwankungen der Einnahmen), sind die Einnahmen der letzten zwölf Monate vor der Antragstellung anzugeben. Personen, die zur Einkommensteuer veranlagt werden, geben bitte die im letzten Einkommensteuerbescheid, Vorauszahlungsbescheid, Voranzahlungserklärung ausgewiesenen Einkünfte an.
 Zu den Einnahmen gehören u. a. Gehälter, Löhne, Gratifikationen, Tantiemen, Rente, Ruhegelder, Witwen- und Waisenpensen, Renten (auch Zusatzrenten), Betriebsrenten, Einnahmen aus selbständiger Arbeit, aus Gewerbebetrieb, aus Land- und Forstwirtschaft, aus Kapitalvermögen (z. B. Zinsen aus Sparkonten), aus Vermietung und Verpachtung (jedoch ohne Einnahmen aus Untervermietung), Unterhalt, Sachbezüge, Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe.

Lfd. Nr.	Familienname, Vorname, ggf. Geburtsname	geboren am	Familienstand (led., verh., get., leibend., gesch., vers.)	Verwandtschaftsverhältnis zum Antragsteller	z. Z. ausüblicher Beruf	Art der Einnahmen	Einkunftsart	Bruttoeinnahmen (DM *)	Wohnungsgeld- oder Betriebslohn (DM)	Wird Lohn- oder Einkommensteuer geschuldet?	Werden Einkünfte für gewerbliche Einnahmen oder für sonstige Einkünfte (z. B. aus dem Verkauf von Wertpapieren) aufgeführt?		Werden Einkünfte für gewerbliche Einnahmen oder für sonstige Einkünfte (z. B. aus dem Verkauf von Wertpapieren) aufgeführt?		
											ja	nein	ja	nein	ja
1	Antw.steller														
2															
3															
4															
5															
6															
7															
8															

*) Weitere Einnahmen ggf. auf besonderen Blatt erläutern.
 Seiten 1536, 37, 38 eingekreist wird

23 Erhält eine zum Haushalt rechnende Person Kindergeld oder vergleichbare Leistungen für Kinder, die nicht zum Haushalt gehören?
ja nein

Falls ja, für welche Kinder?

(Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift)

Wer ist der Empfänger der Leistungen?

(Name, Vorname)

24 Werden von den zu Ihrem Haushalt rechnenden Personen Unterhaltszahlungen geleistet, zu denen sie gesetzlich verpflichtet sind (z. B. für nicht zum Haushalt rechnende Kinder)?
ja nein

Falls ja, füllen Sie bitte das hierfür vorgesehene besondere Formblatt aus.

25 Folgende zum Haushalt rechnende Personen sind:

	Name, Vorname Antragsteller	Name, Vorname	Name, Vorname
a) Schwerbehinderte mit einem Grad der Behinderung von wenigstens 80	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
b) Schwerbehinderte, die pflegebedürftig im Sinne des § 69 Abs. 3 Satz 1 des Bundessozialhilfegesetzes sind	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
c) Bewohner eines Pflegeheimes oder der Pflegeabteilung eines Heimes, die Hilfe zur Pflege nach § 68 des Bundessozialhilfegesetzes erhalten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
d) Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung im Sinne des Bundesentschädigungsgesetzes	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
e) Vertriebene/Flüchtlinge im Sinne des Bundesvertriebenengesetzes	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
f) Zuwanderer im Sinne des Flüchtlingshilfegesetzes	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
g) Heimkehrer im Sinne des Heimkehrergesetzes	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Falls die genannten Personen die Voraussetzungen der Buchstaben e) bis g) erfüllen, geben Sie bitte an, wann jeweils der Wohnsitz in die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) verlegt worden ist.

(Tag, Monat, Jahr)

26 Hat ein zum Haushalt rechnendes Familienmitglied im Jahr der Stellung des Antrages auf Wohngeld Vermögensteuer zu entrichten?
ja nein

Falls ja, wer?

(Name, Vorname)

27 Ich bitte, das Wohngeld auszuzahlen an mich folgende Person

(Name, Vorname, Anschrift)

auf das Konto-Nr.

bei der/dem Bank, Sparkasse, Postscheckamt

Bankleitzahl

28 Ich versichere, daß alle Angaben, auch soweit sie in Anlagen zum Antrag zu machen sind, richtig und vollständig sind. Insbesondere bestätige ich, daß die unter Zeile 16 aufgeführten Familienmitglieder und anderen Personen keine weiteren Einnahmen als die angegebenen haben, auch nicht aus gelegentlicher Nebentätigkeit.

Mir ist bekannt, daß ich gesetzlich verpflichtet bin,

- a) Änderungen in den Verhältnissen, die für die Leistung erheblich sind, bis zum Erlaß des Wohngeldbescheides unverzüglich mitzuteilen,
- b) unverzüglich anzuzeigen, wenn der Wohnraum, für den Wohngeld gewährt wird, vor Ablauf des Bewilligungszeitraumes von allen zum Haushalt rechnenden Personen nicht mehr benutzt wird,
- c) das zu Unrecht empfangene Wohngeld zurückzuzahlen, wenn ich die ungerechtfertigte Gewährung zu vertreten habe. In diesem Fall muß ich unter Umständen mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen.

Weiterhin ist mir bekannt, daß die für die Berechnung und Zahlung des Wohngeldes erforderlichen persönlichen Daten im Wege der automatisierten Datenverarbeitung gespeichert und verarbeitet werden. In diesem Antrag enthaltene Angaben werden auch für die Wohngeldstatistik verwendet; sie können ohne Namen und Anschrift der fachlich zuständigen obersten Bundesbehörde für statistische Sonderauswertungen übermittelt oder sonst für statistische Zwecke verwendet werden.

(Ort, Datum)

(Unterschrift des Antragstellers)

A. Erläuterungen

zum Antrag auf Wohngeld (Mietzuschuß)

— Die Randnummern beziehen sich auf die im Antrag gekennzeichneten Zeilen —

Sehr geehrte Antragsteller,

diese Erläuterungen sollen Ihnen beim Ausfüllen Ihres Antrages auf Wohngeld eine Hilfe sein.

Die Fragen im Antrag sind notwendig, um prüfen zu können, ob die gesetzlichen Voraussetzungen für die Gewährung von Wohngeld erfüllt sind.

Das Wohngeld kann nur berechnet werden, wenn Sie die Fragen im Antrag richtig und vollständig beantworten. Darüber hinaus sind für bestimmte Angaben im Antrag Unterlagen erforderlich. Sie erleichtern der Wohngelddienststelle die Arbeit, wenn Sie diese Unterlagen gleichzeitig beifügen. Die Unterlagen erhalten Sie alsbald zurück.

Beantragen Sie das Wohngeld bitte rechtzeitig, da es nur vom Beginn des Monats an gewährt wird, in dem der Antrag eingeht.

Vergessen Sie bitte nicht, den Antrag zu unterschreiben.

- ① Sie können einen Antrag auf Wohngeld stellen, wenn Sie Mieter, Untermieter oder ihnen vergleichbarer Nutzungsberechtigter (Inhaber einer Genossenschafts- oder Stiftswohnung, Heimbewohner, Inhaber eines mietähnlichen Dauerwohnrechts) sind. Ferner sind antragberechtigt Eigentümer von Mehrfamilienhäusern, gemischt genutzten Gebäuden oder Geschäftshäusern, wenn sie Wohnraum im eigenen Haus bewohnen; ihnen stehen Eigentümer von Ein- und Zweifamilienhäusern gleich, die neben dem Wohnraum in solchem Umfang Geschäftsräume enthalten, daß nicht mehr von einem Eigenheim gesprochen werden kann.

Das Wohngeldgesetz ist nicht anzuwenden auf alleinstehende Wehrpflichtige und ihnen gleichgestellte Personen, wie z.B. Zivildienstleistende. Das gilt grundsätzlich auch für alleinstehende Auszubildende, es sei denn, ihnen stehen Leistungen zur Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz oder dem Arbeitsförderungsgesetz dem Grunde nach nicht zu.

Antragsberechtigt sind ferner nicht Personen, die als vorübergehend abwesende Familienmitglieder den Wohnraum nur vorübergehend benutzen.

- ② Vorübergehend abwesende Familienmitglieder rechnen zum Familienhaushalt.

Vorübergehend abwesend sind Familienmitglieder, für die die Familie weiterhin der Mittelpunkt ihrer Lebensbeziehungen ist, selbst wenn sie eigenen Wohnraum haben. Solange sie noch für ihre Lebenshaltung überwiegend von anderen zum Haushalt rechnenden Familienmitgliedern unterstützt werden, spricht dies für die vorübergehende Abwesenheit.

Vorübergehend abwesend sind in der Regel Empfänger von Trennungsschadung, häufig auch Personen, die sich in der Ausbildung befinden, soweit sie keine erkennbare Entscheidung getroffen haben, daß sie nicht wieder in den Familienhaushalt zurückkehren sowie Seeleute, Kranke in Krankenhäusern und Heilanstalten, Insassen von Strafanstalten, deren Aufenthalt zeitlich begrenzt ist.

- ⑪ Als Sammelheizung gelten auch Elektrospeicheröfen (Nachstromspeicherheizungen), Gasöfen, Kachelöfen, Mehrraumheizungen sowie zentral versorgte Öl-Einzelofenheizungen, wenn alle Wohn- und Schlafräume der Wohnung angeschlossen sind.

- ⑭ Vergleichbar sind Leistungen aus öffentlichen Kassen, die dazu bestimmt sind, die Miete für den Wohnraum ganz oder teilweise zu decken. Dazu gehören z.B. Leistungen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung sowie Ausbildungsbeihilfen.

- ⑯ Familienmitglieder sind der Antragsteller und seine folgenden Angehörigen:

- Ehegatte,
- Großeltern, Eltern, Kinder, Enkel,
- Geschwister, Tante, Onkel, Nichte, Neffe,
- Schwiegereltern, Schwiegerkinder, Stiefeltern, Stiefkinder,
- Schwager, Schwägerin und deren Kinder, Neffe und Nichte des Ehegatten,
- Pflegekinder ohne Rücksicht auf ihr Alter und Pflegeeltern.

Familienmitglieder rechnen zum Haushalt, wenn sie mit dem Antragsteller eine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft führen, das heißt, wenn sie Wohnraum gemeinsam bewohnen und sich ganz oder teilweise gemeinsam mit dem täglichen Lebensbedarf versorgen.

Es sind auch Personen anzugeben, die mit dem Antragsteller eine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft führen, ohne Familienmitglieder zu sein.

Für jede Einkommensart sind die Werbungskosten/Betriebsausgaben gesondert anzugeben. Bei den Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit beträgt der vorgeschriebene Pauschbetrag der Werbungskosten jährlich 564,— DM, bei Einnahmen aus Kapitalvermögen jährlich 100,— DM; bei Ehegatten sind die Einnahmen jedes Ehegatten gesondert um den Pauschbetrag zu mindern. Höhere Werbungskosten müssen nachgewiesen werden.

Bei Renten und anderen Einnahmen dürfen nur die nachgewiesenen Werbungskosten oder Betriebsausgaben im Sinne des Einkommensteuerrechts angegeben werden.

Die Angaben über die Entrichtung von Pflichtbeiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung, zur gesetzlichen Rentenversicherung und von Steuern vom Einkommen sind erforderlich für den erhöhten pauschalen Abzug.

Zu den Pflichtbeiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung gehören auch die Beiträge zur Altershilfe für Landwirte.

Beiträge zur Unfallversicherung führen nicht zu einem erhöhten pauschalen Abzug.

Laufende Beiträge zu öffentlichen oder privaten Versicherungen oder ähnlichen Einrichtungen entsprechen hinsichtlich ihrer Zweckbestimmung den Pflichtbeiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung oder gesetzlichen Rentenversicherung, wenn sie dazu beitragen sollen, für den Beitragszahler oder dessen Familie

- a) die notwendigen Maßnahmen zum Schutz, zur Erhaltung, zur Besserung und zur Wiederherstellung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit oder
- b) die wirtschaftliche Sicherung bei Krankheit, Mutterschaft, Behinderung und Alter oder
- c) die wirtschaftliche Sicherung der Hinterbliebenen

zu gewährleisten. Geringfügige Beiträge unter 35,— DM im Monat führen nicht zu einem erhöhten pauschalen Abzug.

Steuern vom Einkommen sind die Einkommensteuer, die Lohnsteuer und die Kirchensteuer.

- 18) Diese Frage ist von Bedeutung, bis zu welchem Höchstbetrag die Miete bei der Berechnung des Wohngeldes zu berücksichtigen ist.
- 19) Der Tod eines Familienmitgliedes ist für die Dauer von 24 Monaten nach dem Sterbemonat ohne Einfluß auf die der Wohngeldberechnung zugrunde liegende Familiengröße; diese Vergünstigung entfällt jedoch z.B. bei einem Wohnungswechsel oder bei Aufnahme einer neuen Person in den Familienhaushalt.
- 25) Für Schwerbehinderte mit einem Grad der Behinderung von wenigstens 80 und für Schwerbehinderte, die pflegebedürftig im Sinne des § 69 Abs. 3 Satz 1 des Bundessozialhilfegesetzes sind oder für Bewohner eines Pflegeheimes oder der Pflegeabteilung eines Heimes, die Hilfe zur Pflege nach § 68 des Bundessozialhilfegesetzes erhalten, wird bei der Ermittlung des Jahreseinkommens ein Freibetrag bis zu 2.400,— DM berücksichtigt.
- Bei Opfern der nationalsozialistischen Verfolgung und ihnen Gleichgestellten können Einnahmen bis zu einem Betrag von 1.500,— DM abgesetzt werden.
- Bei Vertriebenen, Flüchtlingen, Zuwanderern und Heimkehrern ist ein Freibetrag bis zu 2.400,— DM für 4 Jahre seit Stellung des ersten Antrages auf Wohngeld zu berücksichtigen, längstens jedoch bis zum Ablauf von 10 Jahren nach der Verlegung des Wohnsitzes oder des gewöhnlichen Aufenthaltes in die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West).

B. Aufstellung von in Betracht kommenden Unterlagen zum Antrag auf Wohngeld (Mietzuschuß)

- a) Ausweis nach § 3 Abs. 5 des Schwerbehindertengesetzes (SchwbG), Feststellungsbescheid nach § 3 Abs. 1 SchwbG oder Nachweis, daß Pflegebedürftigkeit i.S. des § 69 Abs. 3 Satz 1 des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) vorliegt oder Hilfe zur Pflege nach § 68 BSHG in einem Pflegeheim oder der Pflegeabteilung eines Heimes gewährt wird
- b) Nachweis des Bruttoeinkommens aller zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder (Verdienstbescheinigungen)
- c) bei Rentnern: Rentenbescheide mit den letzten Änderungsmitteilungen
- d) bei Einkommensteuerpflichtigen: Einkommensteuerbescheid / ergänzende Vorauszahlungsbescheide / Einkommensteuererklärung
- e) bei Empfängern von Unterhaltsleistungen: Nachweis über Art, Höhe und Empfänger der Leistungen
- f) bei Kindern: Nachweis über Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz oder über eine Leistung i.S. des § 8 Abs. 1 des Bundeskindergeldgesetzes
- g) bei Arbeitslosen: Nachweis über bezogenes Arbeitslosengeld, bezogene Arbeitslosenhilfe oder bezogenes Unterhaltsgeld
- h) bei Empfängern von Sozialhilfe oder Kriegspferfürsorge: Nachweis über Art und Höhe der Leistungen
- i) bei Aufwendungen zur Erfüllung gesetzlicher Unterhaltsverpflichtungen: Nachweise über die Unterhaltszahlungen, das Verwandtschaftsverhältnis zum Unterhaltsberechtigten oder den Rechtsgrund für die Unterhaltsleistungen, die Art der Berufsausbildung (in der Regel Bescheinigung der Ausbildungsstätte)
- j) bei Angehörigen besonderer Personengruppen (Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, Vertriebene, Flüchtlinge, Zuwanderer, Heimkehrer): Nachweis über die Zugehörigkeit
- k) zur Feststellung des pauschalen Abzugs: Die Entrichtung von Pflichtbeiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung oder gesetzlichen Rentenversicherung sowie die Entrichtung laufender Beiträge zu öffentlichen oder privaten Versicherungen oder ähnlichen Einrichtungen, die hinsichtlich ihrer Zweckbestimmung einem der vorgenannten Pflichtbeiträge entsprechen, ist durch Vorlage von Bescheinigungen des Arbeitgebers, von Beitragsquittungen, Rentenbescheiden, jährlichen Anpassungsmitteilungen, Beitragsbescheiden der Krankenkasse oder durch Versicherungsverträge nachzuweisen.
- l) Mietvertrag, Ergänzungsvereinbarungen, Bescheinigung des Vermieters.
- m) Mietquittungen.
- n) Erklärung des Vermieters über Mieterhöhungen.
- o) Nachweis über Untervermietung.

Mit freundlichen Grüßen

Bewilligungsbehörde für Wohngeld

Anlage zum Antrag auf Wohngeld (Mietzuschuß)

Schreiben Sie bitte in Druckschrift und kreuzen Sie Zutreffendes so an .

vom _____

bei entgeltlicher Überlassung des Wohnraums an einen Dritten, insbesondere bei Untervermietung

Wohngeldnummer

(Falls Ihnen die Wohngeldnummer bekannt ist, bitte einsetzen)

Antragsteller (Name, Vorname, ggf. Geburtsname)

Anschrift (Straße, Hausnummer, Stockwerk, ggf. Wohnungsnummer, Postleitzahl, Ort, ggf. Telefonnummer)

Ich habe den Wohnraum überlassen an:
Name, Vorname

Der überlassene Wohnraum umfaßt _____ m².
Für den überlassenen Wohnraum erhalte ich einschließlich Nebenkosten monatlich _____ DM.

Falls in den Beträgen Nebenkosten enthalten sind, geben Sie diese bitte nachstehend an. Falls für die Nebenkosten keine gesonderten Beträge vereinbart worden sind, brauchen Sie diese nur anzukreuzen. Es werden dann dafür vorgesehene Pauschbeträge abgesetzt.

- Kosten der Zentralheizung/Fernheizung _____ DM
- Kosten für Warmwasser/Fernwarmwasser _____ DM
- Untermietzuschläge _____ DM
- Zuschläge für gewerbliche oder berufliche Benutzung _____ DM
- Zuschläge für Vollmöblierung _____ DM
- Zuschläge für Teilmöblierung _____ DM
- Zuschläge für Kühlschrankbenutzung _____ DM
- Zuschläge für Waschmaschinenbenutzung _____ DM
- Zuschläge für Stromverbrauch _____ DM
- Zuschläge für Bett- und Tischwäsche _____ DM
- Zuschläge für die Reinigung des Wohnraums _____ DM
- Zuschläge für Verpflegung _____ DM
- _____ _____ DM

Ort, Datum, Unterschrift des Antragstellers	Ort, Datum, Unterschrift des Untermieters/Nutzungsberechtigten
---	--

Antrag auf Wohngeld (Lastenzuschuß)

Schreiben Sie bitte in Druckschrift und kreuzen Sie zutreffendes so an . Beachten Sie bitte auch die beiliegenden Erläuterungen. Erläuterte Zeilen sind mit einem versehen, wie z. B. Zeile ②

An den
Oberstadt-, Stadt-, Gemeindedirektor *)

Wohngeldnummer				
RB	Kreis	Gmd.	Unterscheidungsnummer	PZ
1	2-3	4-6	7-11	12

(Falls Ihnen die Wohngeldnummer bekannt ist, bitte einsetzen)

- Erstantrag
- Wiederholungsantrag wegen Ablaufs des Bewilligungszeitraumes
- Erhöhungsantrag

Antragberechtigt ist, wer Eigentümer des Wohnraumes ist. Sind mehrere Familienmitglieder Eigentümer, ist das Familienmitglied mit dem höchsten Einkommen antragberechtigt.

① Antragsteller

(Name, Vorname, ggf. Geburtsname) _____ (Staatsangehörigkeit)

Anschrift

(Straße, Hausnummer, Stockwerk, ggf. Wohnungsnummer, Postleitzahl, Ort, Telefon)

Ich bin Selbständiger Beamter Angestellter Arbeiter Rentner Pensionär
 Student / Auszubildender sonst. Nichterwerbstätiger
 z. Z. arbeitslos ja nein

② Sind Sie oder ein Familienmitglied von Ihrem Familienhaushalt vorübergehend abwesend? ja nein

(Das trifft z. B. häufig bei Handelsvertretern, Arbeitern auf Montage oder in der Ausbildung befindlichen Personen zu).
 Falls ja, welches Familienmitglied?

(Name)

3 Falls Sie Wohngeld für einen anderen als den Wohnraum in Zeile 1 beantragen:

Anschrift

(Straße, Hausnummer, Stockwerk, ggf. Wohnungsnummer, Postleitzahl, Ort, Telefon)

4 Ich bewohne ein Eigenheim eine Eigentumswohnung eine Kleinsiedlung
 eine landwirtschaftliche Nebenerwerbsstelle eine landwirtschaftliche Vollerwerbsstelle
 eine Wohnung in der Rechtsform des eigentumsähnlichen Dauerwohnrechts

5 Falls Sie nicht selbst Eigentümer oder alleiniger Eigentümer sind, wer ist Eigentümer bzw. Miteigentümer?

(Name, Vorname, Anschrift)

6 Wann sind Sie oder die zu Ihrem Haushalt rechnenden Familienmitglieder in den Wohnraum, für den Wohngeld beantragt wird, eingezogen?

(Tag, Monat, Jahr)

7 Wann ist der Wohnraum erbaut und erstmals bezugsfertig geworden?

(Jahr)

8 Ist der Wohnraum nachträglich unter wesentlichem Bauaufwand ausgebaut, umgebaut oder erweitert worden? ja nein

Falls ja, wann?

(Jahr)

9 Ist der Wohnraum mit öffentlichen Mitteln gefördert worden? ja nein

* Nichtzutreffendes bitte streichen

- 14 Werden solche Erwerbseinkünfte zum Haushalt rechnenden Personen in den nächsten Monaten vermehrt oder um mehr als 20 % erhöht?
 Falls ja, bei wem, ab wann und in welcher Höhe monatlich?
 (Name, Vorname, Datum, Dtg) ja nein
- Grund für die Verringerung der Einnahmen oder für die erhebliche Erhöhung der Einnahmen (z. B. Rentenerhöhung):
- 19 Rechnen zu Ihrem Haushalt Kinder, für die Kindergeld oder vergleichbare Leistungen gewährt werden?
 Falls ja, für welche Kinder?
 (Name, Vorname) ja nein
- Wer ist der Empfänger der Leistungen?
 (Name, Vorname, ggf. Anschrift) ja nein
- 20 Erhält eine zum Haushalt rechnende Person Kindergeld oder vergleichbare Leistungen für Kinder, die nicht zum Haushalt gehören?
 Falls ja, für welche Kinder?
 (Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift) ja nein
- Wer ist der Empfänger der Leistungen?
 (Name, Vorname) ja nein
- 21 Werden von den zu Ihrem Haushalt rechnenden Personen Unterhaltszahlungen geleistet, zu denen sie gesetzlich verpflichtet sind?
 Falls ja, erteilen Sie bitte das hierfür vorgesehene besondere Formblatt aus.

- 10 Mein Wohnraum ist eine Gesamtwohnung von _____ m² mit einem anderen Untervermieter verbunden, stich- oder sonstigen anderen vertraglich festzulegenden (z. B. vermietet) worden, werden _____ m² ausschließlich gewerblich oder beruflich genutzt.
- 11 Der Wohnraum ist ausgestattet mit
 Sanitärheizung (Gas, Öl, Zentralsanitär) Bad oder Dusche
 Erhalten Sie bereits Wohngeld für anderen Wohnraum oder eine vergleichbare Leistung für diesen oder anderen Wohnraum oder haben Sie einen entsprechenden Antrag gestellt?
 Falls ja, von wem erhalten Sie die Leistung bzw. bei wem haben Sie den Antrag gestellt?
 (Name, Vorname) ja nein
- 12 Wohnen in Ihrem Wohnraum Familienmitglieder oder andere Personen, die nicht zum Haushalt rechnen?
 Falls ja, wer?
 (Name, Vorname) ja nein
- 13 Ist ein Familienmitglied, das zu Ihrem Haushalt gerechnet hat, innerhalb der letzten 24 Monate verstorben?
 Falls ja, wer und wann?
 (Name, Vorname, Datum) ja nein
- 14 Haben Sie den Wohnraum nach dem Tod des Familienmitgliedes geerbt?
 Falls ja, wann?
 (Name, Vorname, Datum) ja nein
- 15 Haben Sie nach dem Tod des Familienmitgliedes eine weitere Person in den Haushalt aufgenommen?
 Falls ja, wer und wann?
 (Name, Vorname, Datum) ja nein

7) Wohn-Einkommen- und Arbeitslosengeld
 Zu meinem Haushalt rechnen nachstehende Familienmitglieder und andere Personen, einschließlich vorübergehend Abwesender, die folgende Einnahmen haben:

Es sind alle Einnahmen in Geld oder Geldwert anzugeben, ohne Rücksicht auf ihre Quelle und ohne Rücksicht darauf, ob sie steuerpflichtig sind oder nicht. Auch einmalige Einnahmen sind anzugeben. Tragen Sie bitte die Einnahmen einzeln und mit ihrem Gutschriftsbetrag ein, und zwar grundsätzlich die monatlichen Einnahmen bei der Antragstellung. Lassen sich verlässliche Aussagen über Ihre im Bewältigungszeitraum (in der Regel zwölf Monate) zu erwartenden Einnahmen nicht machen (z. B. bei erheblichen Schwankungen der Einnahmen), sind die Einnahmen der letzten zwölf Monate vor der Antragstellung anzugeben. Personen, die zur Einkommenermittlung herangezogen werden, geben bitte die im letzten Einkommensabrechnungszeitraum, Vorauszahlungsbescheid, Vorauszahlungsberechnung, ausgewiesenen Einkünfte an. Zu den Einnahmen gehören u. a. Gehälter, Löhne, Gratifikationen, Bonusse, Thielgelder, Waisegelde, Ruhegelder, Renten und Waisegelde, Renten (auch Zusatzrenten), Beiträge, Einnahmen aus selbständiger Arbeit, aus Gewerbebetrieb, aus Land- und Forstwirtschaft, aus Kapitalvermögen (z. B. Zinsen aus Sparguthaben), aus Vermietung und Verpachtung (jedoch ohne Einnahmen aus Untervermietung), Unlöhne, Sachbezüge, Arbeitslosengeld, Arbeitslosenrente.

LM Nr.	Einkommensart, Vorname, ggf. Geburtsname	geboren am	Einkommensart (bei verm., pers. unabh., gesetzl. verm.)	Verpflichtung vorzeitig zum Austritt	z. Z. ausstehender Betrag	Art der Einnahmen	Wohnort	Arbeitslosengeld	Betreiberleistungen (DM)	Vorauszahlungen zu Betriebsleistungen (DM)		Mehrwertsteuer zu den Einnahmen in Höhe der Vorauszahlungen	Mehrwertsteuer zu den Einnahmen in Höhe der Vorauszahlungen	
										ja	nein		ja	nein
1	Antragsteller													
2														
3														
4														
5														
6														
7														
8														

1551

22 Folgende zum Haushalt rechnende Personen sind:

- a) Schwerbehinderte mit einem Grad der Behinderung von wenigstens 80
- b) Schwerbehinderte, die pflegebedürftig im Sinne des § 69 Abs. 3 Satz 1 des Bundessozialhilfegesetzes sind
- c) Bewohner eines Pflegeheimes oder der Pflegeabteilung eines Heimes, die Hilfe zur Pflege nach § 68 des Bundessozialhilfegesetzes erhalten
- d) Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung im Sinne des Bundesentschädigungsgesetzes
- e) Vertriebene/Flüchtlinge im Sinne des Bundesvertriebenengesetzes
- f) Zuwanderer im Sinne des Flüchtlingshilfegesetzes
- g) Heimkehrer im Sinne des Heimkehrergesetzes

Name, Vorname Antragsteller	Name, Vorname	Name, Vorname
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Falls die genannten Personen die Voraussetzungen der Buchstaben e) bis g) erfüllen, geben Sie bitte an, wann jeweils der Wohnsitz in die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) verlegt worden ist.

(Tag, Monat, Jahr)

23 Hat ein zum Haushalt rechnendes Familienmitglied im Jahr der Stellung des Antrages auf Wohngeld Vermögensteuer zu entrichten?

ja nein

Falls ja, wer?

(Name, Vorname)

24 Ich bitte, das Wohngeld auszuführen an mich folgende Person

(Name, Vorname, Anschrift)

auf das Konto-Nr. bei der/dem Bank, Sparkasse, Postscheckamt Bankleitzahl

25 Ich versichere, daß alle Angaben, auch soweit sie in Anlagen zum Antrag zu machen sind, richtig und vollständig sind. Insbesondere bestätige ich, daß die unter Zeile 17 aufgeführten Familienmitglieder und andere Personen keine weiteren Einnahmen als die angegebenen haben, auch nicht aus gelegentlicher Nebentätigkeit.

Mir ist bekannt, daß ich gesetzlich verpflichtet bin,

- a) Änderungen in den Verhältnissen, die für die Leistung erheblich sind, bis zum Erlass des Wohngeldbescheides unverzüglich mitzuteilen,
- b) unverzüglich anzuzeigen, wenn der Wohnraum, für den Wohngeld gewährt wird, vor Ablauf des Bewilligungszeitraumes von allen zum Haushalt rechnenden Personen nicht mehr benutzt wird,
- c) das zu Unrecht empfangene Wohngeld zurückzahlen, wenn ich die ungerechtfertigte Gewährung zu vertreten habe. In diesem Fall muß ich unter Umständen mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen.

Weiterhin ist mir bekannt, daß die für die Berechnung und Zahlung des Wohngeldes erforderlichen persönlichen Daten im Wege der automatisierten Datenverarbeitung gespeichert und verarbeitet werden. In diesem Antrag enthaltene Angaben werden auch für die Wohngeldstatistik verwendet; sie können ohne Namen und Anschrift der fachlich zuständigen obersten Bundesbehörde für statistische Sonderauswertungen übermittelt oder sonst für statistische Zwecke verwendet werden.

(Ort, Datum)

(Unterschrift des Antragstellers)

A. Erläuterungen

zum Antrag auf Wohngeld (Lastenzuschuß)

— Die Randnummern beziehen sich auf die im Antrag gekennzeichneten Zeilen —

Sehr geehrte Antragsteller,

diese Erläuterungen sollen Ihnen beim Ausfüllen Ihres Antrages auf Wohngeld eine Hilfe sein.

Die Fragen im Antrag sind notwendig, um prüfen zu können, ob die gesetzlichen Voraussetzungen für die Gewährung von Wohngeld erfüllt sind. Das Wohngeld kann nur berechnet werden, wenn Sie die Fragen im Antrag richtig und vollständig beantworten. Darüber hinaus sind für bestimmte Angaben im Antrag Unterlagen erforderlich. Sie erleichtern der Wohngelddienststelle die Arbeit, wenn Sie diese Unterlagen gleichzeitig beifügen. Die Unterlagen erhalten Sie alsbald zurück.

Beantragen Sie das Wohngeld bitte rechtzeitig, da es nur vom Beginn des Monats an gewährt wird, in dem der Antrag eingeht.

Vergessen Sie bitte nicht, den Antrag zu unterschreiben.

- ① Sie können einen Antrag auf Wohngeld stellen, wenn Sie Eigentümer eines Eigenheims, einer Eigentumswohnung, einer Kleinsiedlung oder einer landwirtschaftlichen Nebenerwerbsstelle oder Inhaber eines eigentumsähnlichen Dauerwohnrechts sind. Antragberechtigt ist auch, wer Anspruch auf Übereignung eines Gebäudes oder Anspruch auf Bestellung oder Übertragung des Wohnungseigentums oder eines eigentumsähnlichen Dauerwohnrechts hat. Einen Antrag kann ferner der Erbbauberechtigte oder Wohnungserbbauberechtigte sowie derjenige stellen, der einen Anspruch auf Einräumung oder Übertragung des Erbbaurechts oder Wohnungserbbaurechts hat.

Das Wohngeldgesetz ist nicht anzuwenden auf alleinstehende Wehrpflichtige und ihnen gleichgestellte Personen, wie z.B. Zivildienstleistende. Das gilt grundsätzlich auch für alleinstehende Auszubildende, es sei denn, ihnen stehen Leistungen zur Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz oder dem Arbeitsförderungsgesetz dem Grunde nach nicht zu.

Antragsberechtigt sind ferner nicht Personen, die als vorübergehend abwesende Familienmitglieder den Wohnraum nur vorübergehend benutzen.

- ② **Vorübergehend abwesende Familienmitglieder** rechnen zum Familienhaushalt. Vorübergehend abwesend sind Familienmitglieder, für die die Familie weiterhin der Mittelpunkt ihrer Lebensbeziehungen ist, selbst wenn sie eigenen Wohnraum haben. Solange sie noch für ihre Lebenshaltung überwiegend von anderen zum Haushalt rechnenden Familienmitgliedern unterstützt werden, spricht dies für die vorübergehende Abwesenheit. Vorübergehend abwesend sind in der Regel Empfänger von Trennungentschädigung, häufig auch Personen, die sich in der Ausbildung befinden, soweit sie keine erkennbare Entscheidung getroffen haben, daß sie nicht wieder in den Familienhaushalt zurückkehren sowie Seeleute, Kranke in Krankenhäusern und Heilanstalten, Insassen von Strafanstalten, deren Aufenthalt zeitlich begrenzt ist.
- ⑪ Als **Sammelheizung** gelten auch Elektrospeicheröfen (Nachtstromspeicherheizungen), Gasöfen, Kachelöfen, Mehrraumheizungen sowie zentral versorgte Öl-Einzelofenheizungen, wenn alle Wohn- und Schlafräume der Wohnung angeschlossen sind.
- ⑫ Vergleichbar sind Leistungen aus öffentlichen Kassen, die dazu bestimmt sind, die Belastung für den Wohnraum ganz oder teilweise zu decken. Dazu gehören z.B. Leistungen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung sowie Ausbildungsbeihilfen.
- ⑭ Diese Frage ist von Bedeutung, bis zu welchem Höchstbetrag die Belastung bei der Berechnung des Wohngeldes zu berücksichtigen ist.
- ⑮ Der Tod eines Familienmitgliedes ist für die Dauer von 24 Monaten nach dem Sterbemonat ohne Einfluß auf die der Wohngeldberechnung zugrunde liegende Familiengröße; diese Vergünstigung entfällt jedoch z.B. bei einem Wohnungswechsel oder bei Aufnahme einer neuen Person in den Familienhaushalt.

- ⑰ **Familienmitglieder** sind der Antragsteller und seine folgenden Angehörigen
- Ehegatte,
 - Großeltern, Eltern, Kinder, Enkel,
 - Geschwister, Tante, Onkel, Nichte, Nefte,
 - Schwiegereltern, Schwiegerkinder, Stiefeltern, Stiefkinder,
 - Schwager, Schwägerin und deren Kinder, Nefte und Nichte des Ehegatten,
 - Pflegekinder ohne Rücksicht auf ihr Alter und Pflegeeltern.

Familienmitglieder rechnen zum Haushalt, wenn sie mit dem Antragsteller eine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft führen, das heißt, wenn sie Wohnraum gemeinsam bewohnen und sich ganz oder teilweise gemeinsam mit dem täglichen Lebensbedarf versorgen.

Es sind auch Personen anzugeben, die mit dem Antragsteller eine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft führen, ohne Familienmitglieder zu sein.

Für jede Einkommensart sind die **Werbungskosten/Betriebsausgaben** gesondert anzugeben. Bei den Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit beträgt der vorgeschriebene Pauschbetrag der Werbungskosten jährlich 564,— DM, bei Einnahmen aus Kapitalvermögen jährlich 100,— DM; bei Ehegatten sind die Einnahmen jedes Ehegatten gesondert um den Pauschbetrag zu mindern. Höhere Werbungskosten müssen nachgewiesen werden.

Bei Renten und anderen Einnahmen dürfen nur die nachgewiesenen Werbungskosten oder Betriebsausgaben im Sinne des Einkommensteuerrechts angegeben werden.

Die Angaben über die Entrichtung von Pflichtbeiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung, zur gesetzlichen Rentenversicherung und von Steuern vom Einkommen sind erforderlich für den erhöhten pauschalen Abzug.

Zu den **Pflichtbeiträgen** zur gesetzlichen Rentenversicherung gehören auch die Beiträge zur Altershilfe für Landwirte.

Beiträge zur Unfallversicherung führen nicht zu einem erhöhten pauschalen Abzug.

Laufende Beiträge zu öffentlichen oder privaten Versicherungen oder ähnlichen Einrichtungen entsprechen hinsichtlich ihrer Zweckbestimmung den Pflichtbeiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung oder gesetzlichen Rentenversicherung, wenn sie dazu beitragen sollen, für den Beitragszahler oder dessen Familie

- a) die notwendigen Maßnahmen zum Schutz, zur Erhaltung, zur Besserung und zur Wiederherstellung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit oder
- b) die wirtschaftliche Sicherung bei Krankheit, Mutterschaft, Behinderung und Alter oder
- c) die wirtschaftliche Sicherung der Hinterbliebenen

zu gewährleisten. Geringfügige Beiträge unter 35,— DM im Monat führen nicht zu einem erhöhten pauschalen Abzug.

Steuern vom Einkommen sind die Einkommensteuer, die Lohnsteuer und die Kirchensteuer.

- ② Für Schwerbehinderte mit einem Grad der Behinderung von wenigstens 80 und für Schwerbehinderte, die pflegebedürftig im Sinne des § 69 Abs. 3 Satz 1 des Bundessozialhilfegesetzes sind oder für Bewohner eines Pflegeheimes oder der Pflegeabteilung eines Heimes, die Hilfe zur Pflege nach § 68 des Bundessozialhilfegesetzes erhalten, wird bei der Ermittlung des Jahreseinkommens ein Freibetrag bis zu 2.400,— DM berücksichtigt.

Bei Opfern der nationalsozialistischen Verfolgung und ihnen Gleichgestellten können Einnahmen bis zu einem Betrag von 1.500,— DM abgesetzt werden.

Bei Vertriebenen, Flüchtlingen, Zuwanderern und Heimkehrern ist ein Freibetrag bis zu 2.400,— DM für 4 Jahre seit Stellung des ersten Antrages auf Wohngeld zu berücksichtigen, längstens jedoch bis zum Ablauf von 10 Jahren nach der Verlegung des Wohnsitzes oder des gewöhnlichen Aufenthaltes in die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West).

B. Aufstellung von in Betracht kommenden Unterlagen zum Antrag auf Wohngeld (Lastenzuschuß)

- a) Ausweis nach § 3 Abs. 5 des Schwerbehindertengesetzes (SchwbG), Feststellungsbescheid nach § 3 Abs. 1 SchwbG oder Nachweis, daß Pflegebedürftigkeit i.S. des § 69 Abs. 3 Satz 1 des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) vorliegt oder Hilfe zur Pflege nach § 68 BSHG in einem Pflegeheim oder der Pflegeabteilung eines Heimes gewährt wird
- b) Nachweis des Bruttoeinkommens aller zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder (Verdienstbescheinigungen)
- c) bei Rentnern: Rentenbescheide mit den letzten Änderungsmitteilungen
- d) bei Einkommensteuerpflichtigen: Einkommensteuerbescheid / ergänzende Vorauszahlungsbescheide / Einkommensteuererklärung
- e) bei Empfängern von Unterhaltsleistungen: Nachweis über Art, Höhe und Empfänger der Leistungen
- f) bei Kindern: Nachweis über Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz oder über eine Leistung i.S. des § 8 Abs. 1 des Bundeskindergeldgesetzes
- g) bei Arbeitslosen: Nachweis über bezogenes Arbeitslosengeld, bezogene Arbeitslosenhilfe oder bezogenes Unterhaltsgeld
- h) bei Empfängern von Sozialhilfe oder Kriegsopferfürsorge: Nachweis über Art und Höhe der Leistungen
- i) bei Aufwendungen zur Erfüllung gesetzlicher Unterhaltsverpflichtungen: Nachweise über die Unterhaltszahlungen, das Verwandtschaftsverhältnis zum Unterhaltsberechtigten oder den Rechtsgrund für die Unterhaltsleistungen, die Art der Berufsausbildung (in der Regel Bescheinigung der Ausbildungsstätte)
- j) bei Angehörigen besonderer Personengruppen (Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, Vertriebene, Flüchtlinge, Zuwanderer, Heimkehrer): Nachweis über die Zugehörigkeit
- k) zur Feststellung des pauschalen Abzugs: Die Entrichtung von Pflichtbeiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung oder gesetzlichen Rentenversicherung sowie die Entrichtung laufender Beiträge zu öffentlichen oder privaten Versicherungen oder ähnlichen Einrichtungen, die hinsichtlich ihrer Zweckbestimmung einem der vorgenannten Pflichtbeiträge entsprechen, ist durch Vorlage von Bescheinigungen des Arbeitgebers, von Beitragsquittungen, Rentenbescheiden, jährlichen Anpassungsmitteilungen, Beitragsbescheiden der Krankenkasse oder durch Versicherungsverträge nachzuweisen.
- l) Nachweis über die Belastung aus dem Kapitaldienst
- m) Nachweis über die Höhe der Grundsteuer und der Verwaltungskosten an andere
- n) Nachweis über Erträge aus der Überlassung von Räumen und Flächen an andere
- o) Nachweis über die Beiträge anderer zur Aufbringung der Belastung

Mit freundlichen Grüßen

Bewilligungsbehörde für Wohngeld

Wohngeldnummer				
RB	Kreis	Gmd	Unterscheidungsnummer	PZ
1	2-3	4-6	7-11	12

(Falls Ihnen die Wohngeldnummer bekannt ist, bitte einsetzen)

**Anlage zum Antrag auf Wohngeld vom _____
zur Ermittlung der Belastung aus Kapitaldienst und Bewirtschaftung**

1 Antragsteller (Name, Vorname, ggf Geburtsname)

Anschrift (Straße, Hausnummer, ggf Stockwerk oder Wohnungs-Nr., Postleitzahl, Ort, ggf Telefon)

2 Für das Gebäude/die Wohnung ist folgende jährliche Belastung aus Fremdmitteln aufzubringen:

Zu den Fremdmitteln gehören Darlehen, gestundete Restkaufgelder und gestundete öffentliche Lasten des Grundstücks mit Ausnahme der Hypothekengewinnabgabe.

Darlehenszweck	Gläubiger	Betrag des Fremdmittels DM	Zinsen DM	Tilgung DM	Lfd. Nebenleistungen DM

3 Falls ein Fremdmittel eine Festgeldhypothek ist, für deren Rückzahlung eine Personenversicherung abgeschlossen ist, geben Sie bitte das Fremdmittel an: _____

Wie hoch ist die jährliche Prämie? _____ DM.

- 4 Falls ein Fremdmittel nach dem 20. 06. 1948 zur Ersetzung oder Ablösung eines anderen Fremdmittels aufgenommen worden ist, geben Sie bitte an
- den Restbetrag/Ablösungsbetrag des ersetzten/abgelösten Fremdmittels im Zeitpunkt der Ersetzung/Ablösung _____ DM,
 - die Jahresleistung für Zinsen, lautende Nebenleistungen und Tilgung im Zeitpunkt der Ersetzung/Ablösung _____ DM.

Eine Ersetzung liegt nicht vor, wenn an die Stelle eines Zwischenfinanzierungsmittels ein Dauerfinanzierungsmittel getreten ist. Eine Ablösung liegt vor, wenn ein öffentliches Baudarlehen vorzeitig vollständig zurückgezahlt worden ist.

- 5 Für das Gebäude/die Wohnung habe ich darüber hinaus folgende jährliche Aufwendungen:
- Laufende Bürgschaftskosten _____ DM
- Erbbauzinsen _____ DM
- Leibrenten und sonstige wiederkehrende Leistungen
in folgender Art _____
mit folgendem Jahresbetrag _____ DM
- Grundsteuer _____ DM
- Verwaltungskosten an andere _____ DM
- Nutzungsentgelt (siehe nachstehende Erläuterungen) _____ DM
- Kosten für die Fernheizung insgesamt _____ DM
darin beträgt der Grundpreis einschl. Mehrwertsteuer _____ DM
- Pachtzins für eine gepachtete Landzulage zu einer Kleinsiedlung oder
landwirtschaftlichen Nebenerwerbsstelle _____ DM.

Ein Nutzungsentgelt kommt namentlich bei Kaufeigenheimen, Trägerkleinsiedlungen, Eigentumswohnungen und Wohnungen in der Rechtsform des eigentumsähnlichen Dauerwohnrechts in Betracht. Aus dem Nutzungsentgelt bestreitet der Verkäufer bis zur Übertragung des Eigentums auf den Antragberechtigten oder der Verwalter die Ausgaben für den Kapitaldienst und die Bewirtschaftung. Soweit Belastungen aus dem Kapitaldienst bereits in Zeile 1 oder Belastungen aus der Bewirtschaftung an anderer Stelle im einzelnen angegeben sind, können hier nur die weiteren Belastungen aus der Bewirtschaftung eingesetzt werden.

- 6 Seit wann bringen Sie die Belastung für das Gebäude/die Wohnung auf? (Tag, Monat, Jahr) _____
- 7 Bekommen Sie Zuschüsse zur Aufbringung der Belastung, insbesondere Aufwendungsbeihilfen, Zins- oder Annuitätzuschüsse oder andere Beiträge Dritter, z. B. vom Arbeitgeber ja nein
- Falls ja, von wem, ab wann und in welcher Höhe monatlich? (Name, Vorname, Anschrift, Datum, DM)
- _____

- 8 Falls Sie einen Teil der Gesamtfläche des Gebäudes/der Wohnung einem anderen entgeltlich zum Gebrauch überlassen (z. B. vermietet) haben, geben Sie bitte die Höhe des monatlichen Entgelts an: _____ DM.

- 9 Falls in dem Entgelt Nebenkosten enthalten sind, geben Sie diese bitte nachstehend an. Falls für die Nebenkosten keine gesonderten Beträge vereinbart worden sind, brauchen Sie die Nebenkosten nur anzukreuzen. Es werden dann dafür vorgesehene Pauschbeträge abgesetzt.

- Kosten der Zentralheizung/Fernheizung _____ DM
- Kosten für Warmwasser/Fernwarmwasser _____ DM
- Zuschläge für Vollmöblierung _____ DM
- Zuschläge für Teilmöblierung _____ DM
- Zuschläge für Kühlschrankbenutzung _____ DM
- Zuschläge für Waschmaschinenbenutzung _____ DM

- 10 Falls zu dem Gebäude/der Wohnung Garagen gehören, nutzen Sie diese selbst? ja nein
- Sind die Garagen einem anderen zum Gebrauch überlassen? ja nein
- Für die Gebrauchsüberlassung erhalte ich monatlich _____ DM.

- 11 Haben Sie darüber hinaus Teile des Grundstücks oder dazugehörige Nebengebäude, Anlagen oder bauliche Einrichtungen einem anderen zum Gebrauch überlassen? ja nein
- Falls ja, für welche Teile? _____
- Wieviel Entgelt erhalten Sie dafür monatlich? _____ DM.

Anlage zum Antrag auf Wohngeld

Schreiben Sie bitte in Druckschrift und kreuzen Sie bitte Zutreffendes so an .

vom _____

bei Aufwendungen zur Erfüllung gesetzlicher Unterhaltsverpflichtungen

Wohngeldnummer

(Falls Ihnen die Wohngeldnummer bekannt ist, bitte einsetzen)

Zum Unterhalt verpflichtet sind Ehegatten untereinander, Verwandte in gerader Linie untereinander (z. B. Kinder gegenüber den Eltern), der Vater gegenüber seinem nichtehelichen Kind, der Vater gegenüber der Mutter seines nichtehelichen Kindes aus Anlaß der Geburt, geschiedene Ehegatten untereinander.

Antragsteller (Name, Vorname, ggf. Geburtsname)

Anschrift (Straße, Hausnummer, Stockwerk, ggf. Wohnungsnummer, Postleitzahl, Ort, ggf. Telefon)

Von den zu meinem Haushalt rechnenden Familienmitgliedern leisten Unterhalt
Name, Vorname

an (Name, Vorname, Verwandtschaftsverhältnis, Anschrift)

in folgender Höhe monatlich _____ DM.

	Name, Vorname	Name, Vorname
Die Unterhaltsleistungen sind bestimmt für		
a) die auswärtige Unterbringung eines in der Berufsausbildung befindlichen, zum Haushalt rechnenden Familienmitgliedes,	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
b) eine nicht zum Haushalt rechnende Person, für die Kindergeld oder vergleichbare Leistungen (Kinderzulage, Kinderzuschläge) gewährt werden,	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
c) die auswärtige Unterbringung einer in der Berufsausbildung befindlichen, nicht zum Haushalt rechnenden Person, für die Kindergeld oder vergleichbare Leistungen gewährt werden,	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
d) eine nicht zum Haushalt rechnende Person, für die weder Kindergeld noch vergleichbare Leistungen gewährt werden,	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
e) den geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten (eingeschlossen sind Nichtigkeit oder Aufhebung der Ehe)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Ort, Datum, Unterschrift

Verdienstbescheinigung

zum Antrag auf Wohngeld

(Auskunftspflicht des Arbeitgebers nach § 25 Abs. 2 des Wohngeldgesetzes)

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Wohngeldnummer

Zutreffendes bitte ausfüllen oder ankreuzen

Arbeitnehmer (Name, Vorname)		Anschrift		
------------------------------	--	-----------	--	--

Geburtsdatum	beschäftigt vom — bis	als (Beruf/Tätigkeit)	Steuerklasse	Kinder lt. Steuerkarte
--------------	-----------------------	-----------------------	--------------	------------------------

1 Steuerpflichtige Bruttoeinnahmen in den letzten zwölf Monaten vor Stellung des Antrages auf Wohngeld (ohne Sonderzuwendungen, vgl. Zeile 2):

Monat	198	DM	Monat	198	DM
Monat	198	DM	Monat	198	DM
Monat	198	DM	Monat	198	DM
Monat	198	DM	Monat	198	DM
Monat	198	DM	Monat	198	DM
Monat	198	DM	Monat	198	DM
Monat	198	DM	Monat	198	DM
Monat	198	DM	Monat	198	DM
Monat	198	DM	Monat	198	DM
Monat	198	DM	Monat	198	DM
Summe					DM

Davon vermögenswirksame Leistungen nach dem 4. VermBG, die vom Arbeitgeber an den Arbeitnehmer zusätzlich und über den geschuldeten Arbeitslohn hinaus erbracht wurden. DM

Seit 198 Prämien sparen Bausparen Lebensversicherung

Arbeitnehmer-Sparzulage DM

2 Sonderzuwendungen folgender Art (gezahlte oder zu erwartende):

Weihnachtsgeld	DM
Zusätzliches Urlaubsgeld	DM
Zusätzliche Monatsgehälter	DM
Sonstige Leistungen	DM

3 Steuerfreie Bezüge folg. Art. (z. B. Schlechtwetterg., Zuschl. f. Sonn-, Feiertags- u. Nachtarbeit usw.):

DM

4 Sachbezüge folgender Art (soweit nicht in den Beträgen zu 1 enthalten):

DM

5 Ausfallzeiten aus folgendem Grund:

vom — bis

6 Änderung der Einnahmen. Werden sich die Einnahmen des Arbeitnehmers in den nächsten 12 Monaten verringern oder um mehr als 10 v. H. erhöhen?

ja nein

6.1 Falls ja, ab wann und in welcher Höhe monatlich? (Datum, DM)

6.2 Grund für die Verringerung oder erhebliche Erhöhung der Einnahmen:

7 Krankenversicherung, Rentenversicherung und Steuern. Der Arbeitnehmer entrichtet:

7.1 Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung ja nein

7.2 Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung ja nein

7.3 Laufende Beiträge zu öffentlichen oder privaten Versicherungen oder ähnlichen Einrichtungen, die hinsichtlich ihrer Zweckbestimmung Pflichtbeiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung ja nein

oder Pflichtbeiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung entsprechen ja nein

7.4 Steuern vom Einkommen (Einkommen-, Lohn- oder Kirchensteuer) ja nein

8 Krankenversicherung (Name und Anschrift der Krankenkasse)

Hinweis

Wenn Krankengeld oder Mutterschaftsgeld bezogen wird oder bezogen wurde, bitte die Rückseite dieses Vordruckes von der zuständigen Krankenkasse vervollständigen lassen.

Bei Bezug von Unterhaltsgeld, Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Berufsausbildungsbeihilfe nach § 40 a des Arbeitsförderungsgesetzes bitte die Leistungsbescheide des Arbeitsamtes vorlegen.

9 Das **Ausbildungsverhältnis** des Auszubildenden hat begonnen am _____
 und endet am _____
 Die Vergütung des Auszubildenden beträgt im 1. Ausbildungsjahr _____ DM 3. Ausbildungsjahr _____ DM
 2. Ausbildungsjahr _____ DM 4. Ausbildungsjahr _____ DM

Ich versichere, daß die in dieser Bescheinigung gemachten Angaben vollständig und wahr sind. Ich bin mir bewußt, daß falsche Angaben strafrechtlich verfolgt werden können.

Ort, Datum _____ Telefon _____ Stempel und Unterschrift des Arbeitgebers _____

Bestätigung der Krankenkasse

Versicherter (Name, Vorname) _____ Anschrift _____

Geburtsdatum _____ Bestätigungszeitraum _____

Die/der Versicherte

- war bzw. ist arbeitsunfähig krank und erhielt bzw. erhält folgendes Krankengeld:
 unterlag bzw. unterliegt der Schutzfrist und erhielt bzw. erhält folgendes Mutterschaftsgeld:

vom — bis	Tage	Tagessatz DM	Gesamtbetrag DM	bei wöchentlich
				Tagen
				Tagen
				Tagen

Von dem Krankengeld wurden

- keine Beträge einbehalten; folgende Beträge einbehalten:

Zeitraum	DM	Grund

Aktenzeichen _____ Telefon _____ Stempel und Unterschrift _____

Ort, Datum _____

Bescheinigung des Finanzamtes

(Nur bei erhöhten Werbungskosten aus nichtselbständiger Arbeit erforderlich)

Finanzamt _____ Ort, Datum _____

Dem umseitig benannten Arbeitnehmer wird bescheinigt, daß im Kalenderjahr _____

bei den Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit Werbungskosten gem. § 9 EStG in Höhe von _____ DM
 insgesamt (einschl. des Pauschbetrages nach § 9 a Nr. 1 EStG)

in Worten _____

_____ Deutsche Mark
 anerkannt wurden; voraussichtlich anerkannt werden.

Unterschrift _____ Dienstsiegel _____

Bescheinigung des Arbeitsamtes (bei Bezug von Arbeitslosengeld/Arbeitslosenhilfe)

Der umseitig benannte Arbeitnehmer war in den letzten zwölf Monaten vor der Antragstellung auf Wohngeld während folgender Zeiten arbeitslos:

Der Arbeitnehmer erhielt in der Zeit	Arbeitslosengeld/-hilfe von
vom — bis	wöchentlich DM

Ort, Datum _____ Telefon _____ Stempel und Unterschrift des Arbeitsamtes _____

Wohngeld-Lastenberechnung

zum Antrag vom 198 , Wohngeldnummer

Gegenstand der Wohngeld-Lastenberechnung:

Der nachfolgenden Berechnung liegt / die zu erwartende Belastung für den Zeitraum vom 198.....

bis zum 198 / die Belastung für das Kalenderjahr 198 .. / zugrunde. *)

1 Ausweisung der Fremdmittel und der Belastung aus dem Kapitaleinst

1.1 Jährliche Belastung aus Fremdmitteln

Fremdmittel zu lfd. Nr. 2 d. Anlage	Darlehensbetrag DM	Zinsen u. Tilgungen DM	Lfd. Nebenleistungen DM	Summe von Sp. 3 u. 4 DM
1	2	3	4	5

- 1.2 Laufende Bürgschaftskosten (jährlich) DM
 1.3 Erbbauzinsen (jährlich) DM
 1.4 Renten und sonstige wiederkehrende Leistungen (jährlich) DM
Jährliche Belastung aus dem Kapitaleinst DM

2 Ausweisung der Belastung aus der Bewirtschaftung

- 2.1 Instandhaltungs- und Betriebskosten
 Wohnfläche und Nutzfläche der Geschäftsräume qm × 20,00 DM DM
 2.2 Jährliche Grundsteuer DM
 2.3 Jährliche Verwaltungskosten an andere DM
 2.4 Jährliche Kosten für die Fernheizung ohne Betriebskosten DM
Jährliche Belastung aus der Bewirtschaftung DM

- 3 Pachtzins für die gepachtete Landzulege (jährlich) DM
Übertrag (Summe 1 bis 3) DM

*) Nichtzutreffendes bitte streichen

Übertrag (Summe 1 bis 3) DM

4 Abzüglich Beiträge Dritter zur Aufbringung der Belastung (jährlich)

Art der Beiträge: DM

5 Abzüglich Ertrag oder Nutzungswert der Garage DM

6 Es verbleiben DM

7 Belastung für Räume oder Flächen, die von dem Antragberechtigten oder einem zu seinem Haushalt rechnenden Familienmitglied ausschließlich gewerblich oder beruflich benutzt werden =

..... qm $\times \frac{\text{Betrag zu 6}}{\text{Gesamtfläche}}$ DM

8 Belastung für Wohnraum, der einem anderen unentgeltlich oder entgeltlich zum Gebrauch überlassen ist, abzüglich der Beiträge zur Deckung der Kosten des Betriebs zentraler Heizungs- und Warmwasserversorgungsanlagen sowie zentraler Brennstoffversorgungsanlagen, der Betriebskosten für die Fernheizung und der Vergütungen für die Überlassung von Möbeln, Kühlschränken und Waschmaschinen =

8.1 qm $\times \frac{\text{Betrag zu 6}}{\text{Gesamtfläche}}$ DM

8.2 Tatsächlich erzielt es Entgelt abzüglich der anteiligen Kosten und Vergütungen DM

8.3 Anzusetzender Betrag DM

9 Summe 7 und 8 DM

10 Belastung für die eigengenutzte Wohnfläche jährlich DM

monatlich DM

Im Auftrag

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Einkommensermittlung bei nichtbuchführungspflichtigen Landwirten

A. Einnahmen (jährlich)

1. Wert der Arbeitsleistung (Berechnung siehe Rückseite)	_____	DM
2. Zuschlag für Betriebsleitung 4,8 v. H. des Vergleichswerts von	_____ DM	_____ DM
3. Reinertrag der landw. Nutzung 8,4 v. H. des Vergleichswerts von	_____ DM	_____ DM
4. Sonstige Einnahmen		
4.1 Pachteinnahmen	_____	DM
4.2 Gewinne aus nachhaltigen oder einmaligen Betriebseinnahmen (z. B. aus Forstwirtschaft, Gartenbau, Weinbau, übernormaler Tierhaltung), sofern bei Veranlagung zur Einkommen- steuer gesondert festgestellt	_____	DM
4.3 Gewinn aus Veräußerung von Grund und Boden	_____	DM
4.4 _____	_____	DM
5. Mietwert der eigengenutzten Wohnung (Jahresbetrag) — nur anzusetzen im Falle einer Mietzuschußgewährung	_____	DM
Summe der Einnahmen (Jahresbetrag)	_____	DM

B. Abzugsfähige Beträge (jährlich)

1. Pachtzinsen bis zum Höchstbetrag von 8,4 v. H. des Vergleichswerts der gepachteten Flächen	_____	DM
2. Altenteilslasten	_____	DM
3. Schuldzinsen und andere dauernde Lasten, die Betriebsausgaben sind	_____	DM
4. Sonstige Abzüge	_____	DM
Summe der Abzüge (Jahresbetrag)	_____	DM
A. Summe der Einnahmen	_____	DM
abzügl. B. Summe der Abzüge	_____	DM
Einkommen (jährlich) aus Land- und Forstwirtschaft	_____	DM

Im Auftrag

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Anmerkung: In Nummern 1, 2 und 3 sind die Flächen des Weinbaues, des Gartenbaues und der Sonderkulturen in die Berechnung einzubeziehen, wenn der Gewinn aus diesen Flächen nicht bei der Veranlagung gesondert festgestellt wird.

Ermittlung des Wertes der Arbeitsleistung (jährlich)

Als Wert der Arbeitsleistung *) ist anzusetzen:

1. bei Betrieben mit 14 ha und mehr der dreieinhalbfache Satz der Unterhalts-
hilfe nach § 269 Abs. 1 LAG
= 3,5 x _____ DM x 12 = _____ DM

2. bei Betrieben mit weniger als 14 ha jeweils $\frac{1}{14}$ des Gesamtbetrages zu 1.
je ha _____ DM x Hektarzahl _____ = _____ DM

3. bei Betrieben mit weniger als 12 ha der nach 2. errechnete Gesamtbetrag ge-
kürzt
um 30 v. H. für Betriebe bis 4 ha _____ DM
um 20 v. H. für Betriebe von 5 bis 8 ha _____ DM
um 10 v. H. für Betriebe von 9 bis 11 ha _____ DM

4. Von dem Wert der Arbeitsleistung sind, jedoch nicht über diesen Betrag
hinaus, abzuziehen bei einem Grad der Behinderung von
50 bis 65 10 v. H. des Betrages, mindestens 840,— DM / . _____ DM
mehr als 65 bis 85 15 v. H. des Betrages, mindestens 1080,— DM / . _____ DM
mehr als 85 25 v. H. des Betrages, mindestens 1560,— DM / . _____ DM

Wert der Arbeitsleistung (jährlich) _____ DM

*) Der Wert der Arbeitsleistung ist jeweils in der Zeile auszuwerten, die der Betriebsgröße entspricht, so daß davon im Falle der Behinderung der unter Nummer 4 nach Grad dieser Behinderung ausgewiesene Betrag abzusetzen ist.

Eingabewertbogen Wohngeld

Anlage 6 Muster 3 a

Wohngeldnummer				
RB	Kreis	Gmd	Unterscheidungsnummer	PZ
1	2 - 3	4 - 6	7 - 11	12

Antragsteller	Anrede (21)		Name Vorname (22 - 44)		Anw-Nr 13 - 14	Schlüsseltext 15 - 20
	Straße		Hausnummer (45 - 60)	PLZ (61 - 64)	Ort (65 - 80)	01 87 00
Zahlungsempfänger - falls nicht Antragsteller -	Anrede (21)		Name Vorname (22 - 44)		01 87 01 01 87 02	
	Straße		Hausnummer (45 - 60)	PLZ (61 - 64)		Ort (65 - 80)
Unbare Zahlung - Antragsteller -	Bankleitzahl (21 - 28)		Konto-Nr (61 - 70)			02 87 00
	Bezeichnung des Kreditinstituts (Bank, Sparkasse, Postsparkasse) (29 - 60)					
Unbare Zahlung - Zahlungsempfänger -	Bankleitzahl (21 - 28)		Konto-Nr (61 - 70)			02 87 01 02 87 02
	Bezeichnung des Kreditinstituts (Bank, Sparkasse, Postsparkasse) (29 - 60)					

Anw-Nr 13 - 14	Schlüsseltext 15 - 20
	04 87 00

Daten für die Berechnung

Eingang des Antrags	001	Tag	Monat	Jahr	Sammelheizung Bad oder Duschraum	022			
Mietzuschuß Lastenzuschuß	002				Untervermietete vermietete Fläche	028			Kuhlschränke Waschmaschinen DM 043
Soziale Stellung	003				Beruflich benutzte Fläche	029			Einnahmen aus Untervermietung DM 050
Wohnverhältnisse	004				Miete / Mietwert / Belastung DM	031			Möblierung 051
Familienmitglieder	005				Betriebskosten für Heizung DM	033			Heizung / Warmwasser- versorgung 052
Verstorbene Familienmitglieder	007				Betriebskosten für Warmwasser DM	034			Andere Neben- leistungen 053
Fristablauf verstorbene Familienmitglieder	008	Tag	Monat	Jahr	Betriebskosten für Warmwasser DM	035			Fristablauf Freibetrag § 16 796 Tag Monat Jahr
Schwerbehinderte Familienmitglieder	010				Untermiet- zuschläge DM	036			Nachzahlungs- betrag 797
Bezugsfertigkeit	015	Jahr			Zuschläge für andere Nutzung DM	039			Einmalige Zahlung an zweiten Zahlungsempfänger 798
Bezug der Wohnung	016	Tag	Monat	Jahr	Vergütung für Möblierung DM qm	041			Aufrechnung von überzahltem Wohngeld 799
Zahlung der Miete / Belastung	017	Tag	Monat	Jahr		042			Anteiliges Wohngeld an Sozialmieter 800
Öffentliche Förderung	018								Gemeinde- kennzahl 803
Gesamtfäche qm	020								Sozialhilfe- empfänger 948

Einkommensgrundlagen / allgemein

1	Land- und Forstwirtschaft	101		201		301		401		501
2	Gewerbe	102		202		302		402		502
3	Selbständige Arbeit	103		203		303		403		503
4	Erhöhte Absetzungen zu 1 — 3	104		204		304		404		504
5	Nichtselbständige Arbeit	105		205		305		405		505
6	Werbungskosten zu 5	106		206		306		406		506
7	Sonstige Einnahmen	107		207		307		407		507
8	Werbungskosten zu 7	108		208		308		408		508
9	Erhöhte Absetzungen zu 7	109		209		309		409		509
10	Einnahmen § 14	110		210		310		410		510
11	davon nicht außer Betracht bleibende Einnahmen	111		211		311		411		511
12	Kinderfreibeträge	112		212		312		412		512
13	Unterhaltsverpflichtungen § 12a	141		241		341		441		541
14	Freibetrag § 15 Abs. 2	142								
15	Freibetrag § 16	144		244		344		444		544

Einkommensgrundlagen / Recht 1. 1. 1981 — 28. 2. 1983

1	Freibeträge § 15 Abs. 3	143		243		343		443		543
---	-------------------------	-----	--	-----	--	-----	--	-----	--	-----

Einkommensgrundlagen / Recht 1. 1. 1981 — 30. 6. 1983

1	Pauschaler Abzug § 17	145		245		345		445		545
---	-----------------------	-----	--	-----	--	-----	--	-----	--	-----

Einkommensgrundlagen / Recht ab 1. 7. 1983

1	Pauschaler Abzug § 17	151		251		351		451		551
---	-----------------------	-----	--	-----	--	-----	--	-----	--	-----

Einkommensgrundlagen / Recht ab 1. 1. 1986

1	Freibeträge § 15 Abs. 3	181		281		381		481		581
2	Freibeträge § 15 Abs. 4	182		282		382		482		582

1	Berechnungsart	700								
2	Kontoblattanforderung	772								
3	Beginn des Zahlungszeitraumes	773	Tag	Monat	Jahr					
4	Ende des Zahlungszeitraumes	774	Tag	Monat	Jahr					
5	Kontrollsumme	999								

Angaben für statistische Auswertung

§ 14 Abs. 1 Nr. 6	941			
§ 14 Abs. 1 Nr. 29	942			
§ 15 Abs. 1	943			

Erläuterungstexte

Kennzahl	Ergänzung

Im Auftrag

Die richtige und vollständige Ermittlung der Daten wird bestätigt.

(Unterschrift)

Im Auftrag

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Eingabewertbogen Wohngeld

für Folgeeingaben

Einkommensgrundlagen / allgemein

Wohngeldnummer				
RB	Kreis	Gmd.	Unterscheidungsnummer	PZ
1	2-3	4-6	7-11	12

Anlage 7 Muster 3 b

Anw. Nr.	Schlüsseltext
13-14	15-20
	0 4 8 7 0 0

Nr.	Beschreibung	101	201	301	401
1	Land- und Forstwirtschaft				
2	Gewerbe				
3	Selbständige Arbeit				
4	Erhöhte Absetzungen zu 1-3				
5	Nichtselbständige Arbeit				
6	Werbungskosten zu 5				
7	Sonstige Einnahmen				
8	Werbungskosten zu 7				
9	Erhöhte Absetzungen zu 7				
10	Einnahmen § 14				
11	davon nicht außer Betracht bleibende Einnahmen				
12	Kindertreibeträge				
13	Unterhaltsverpflichtungen § 12a				
14	Freibetrag § 15 Abs. 2				
15	Freibetrag § 16		244	344	444

Einkommensgrundlagen / Recht 1. 1. 1981 — 28. 2. 1983

1	Freibeträge § 15 Abs. 3	143	243	343	443
---	-------------------------	-----	-----	-----	-----

Einkommensgrundlagen / Recht 1. 1. 1981 — 30. 6. 1983

1	Pauschaler Abzug § 17	145	245	345	445
---	-----------------------	-----	-----	-----	-----

Einkommensgrundlagen / Recht ab 1. 7. 1983

1	Pauschaler Abzug § 17	151	251	351	451
---	-----------------------	-----	-----	-----	-----

Einkommensgrundlagen / Recht ab 1. 1. 1986

1	Freibeträge § 15 Abs. 3	161	261	361	461
2	Freibeträge § 15 Abs. 4	162	262	362	462

1	Berechnungsart	700		
2	Kontoblattanforderung	772		
3	Beginn des Zahlungszeitraumes	773	Tag	Monat
				Jahr
4	Ende des Zahlungszeitraumes	774	Tag	Monat
				Jahr
5	Kontrollsumme	999		

Angaben für statistische Auswertung

§ 14 Abs. 1 Nr. 6	941		
§ 14 Abs. 1 Nr. 29	942		
§ 15 Abs. 1	943		

Erläuterungstexte

Kennzahl	Ergänzung

Im Auftrag

Die richtige und vollständige Ermittlung der Daten wird bestätigt.

(Unterschrift)

Im Auftrag

(Unterschrift)

(Ort, Datum)

Eingabewertbogen Wohngeld - HINWEISFALL -
für Folgeeingaben



Anschritt - Antragsteller oder Zahlungsempfänger -		Name, Vorname (22-44)			Anw.-Nr. 13-14	Schlüsseltext 15-20	
Straße, Hausnummer (45-60)		PLZ (61-64)	Ort (65-80)				018700 018701 018702
Unbare Zahlung		Bankleitzahl (21-28)		Konto-Nr. (61-70)		Anw.-Nr. 13-14	Schlüsseltext 15-20
Bezeichnung des Kreditinstituts (Bank, Sparkasse, Postcheckamt) (29-60)							028700 028701 028702

KZ /	KZ /	KZ /
KZ /	KZ /	KZ /
KZ /	KZ /	KZ /
KZ /	KZ /	KZ /
KZ /	KZ /	KZ /
KZ /	KZ /	KZ /
KZ /	KZ /	KZ /
KZ /	KZ /	KZ /
KZ /	KZ /	KZ /
KZ /	KZ /	KZ /
KZ /	KZ /	KZ /

KZ	Wert

1	Berechnungsart	700		
2	Wohngeldkontoblatt	772		
3	Beginn des Zahlungszeitraums	773	Tag	Monat
Jahr				
4	Ende des Zahlungszeitraums	774	Tag	Monat
Jahr				
5	Kontrolleumme	999		

Die richtige und vollständige Ermittlung der Daten wird bestätigt.

(Ort, Datum)
Im Auftrag

(Unterschrift)

Im Auftrag

(Unterschrift)

Eingabewertbogen Wohngeld

Unterbrechung – Einstellung

Wohngeldnummer				
RB	Kreis	Gemeinde	Unterscheidungsnummer	PZ
1	2-3	4-6	7-11	12

1	Unterbrechung der Zahlung		Anw.-Nr. 13-14	Schlüsseltext 15-20 91 87 00
	Anweisungstag für die Unterbrechung		Tag	Monat Jahr
2	Aufhebung der Unterbrechung		Anw.-Nr. 13-14	Schlüsseltext 15-20 91 87 10
	Anweisungstag für die Aufhebung		Tag	Monat Jahr
3	Einstellung einer laufenden (gleichbleibenden) Zahlung des laufenden oder eines bereits abgelaufenen Zahlungszeitraums		Anw.-Nr. 13-14	Schlüsseltext 15-20 92 87 00
	3.1	Erster Zeitraum	Tag	Monat Jahr
	a) Beginn des Zahlungszeitraums auf den sich die Einstellung erstreckt		Tag	Monat Jahr
	b) Einstellung der Wohngeldzahlung mit Ablauf des		Tag	Monat Jahr
			Kontrollsumme	
	3.2	Zweiter Zeitraum	Anw.-Nr. 13-14	Schlüsseltext 15-20 92 87 00
a) Beginn des Zahlungszeitraums auf den sich die Einstellung erstreckt		Tag	Monat Jahr	
b) Einstellung der Wohngeldzahlung mit Ablauf des		Tag	Monat Jahr	
		Kontrollsumme		

Anmerkung zu Nummer 3:

Einmalig festgesetzte Wohngeldbeträge sind durch Anweisung von Unterschiedsbeträgen mit Muster 7 (Tz 2) aufzuheben oder zu berichtigen.

Die richtige und vollständige Ermittlung der Daten wird bestätigt

Im Auftrag

(Unterschrift)

Im Auftrag

(Unterschrift)

(Ort, Datum)

Eingabewertbogen Wohngeld

für laufende und einmalige Zahlungen

Wohngeldkontoblatt

Inausgabebelegung überzahlten Wohngeldes

Wohngeldnummer				
RB	Kreis	Gmd.	Unterscheidungsnummer	PZ
1	2-3	4-6	7-11	12

Anschrift – Antragsteller oder Zahlungsempfänger –	Anrede (21)		Name, Vorname (22–44)		Anw.-Nr. 13–14	Schlüsseltext 15–20
	Straße		Hausnummer (45–60)	PLZ (61–64)	Ort (65–80)	
Unbare Zahlung	Bankleitzahl (21–28)		Konto-Nr. (61–70)		Anw.-Nr. 13–14	Schlüsseltext 15–20
	Bezeichnung des Kreditinstituts (Bank, Sparkasse, Postscheckamt!) (29–60)					

1	Anweisung für die laufende Auszahlung von Wohngeld	Anw. Nr. 13–14	Schlüsseltext 15–20
			06 87 00 06 87 10
1.1	Betrag des monatlich auszahlenden Wohngeldes	DM	Pf
1.2	Beginn des Zahlungszeitraums	Monat	Jahr
1.3	Ende des Zahlungszeitraums	Monat	Jahr
1.4	Soll für den Zahlungszeitraum – Tz 1.3 bis 1.4 –	DM	Pf

Kontrollsumme	
---------------	--

2	Anweisung für die Auszahlung oder Rückforderung von einmaligen Wohngeldbeträgen (Teilbeträge des laufenden Zahlungszeitraums oder Festsetzungen für Zeiträume vor dem laufenden Zahlungszeitraum)	Anw. Nr. 13–14	Schlüsseltext 15–20
			23 87 00
2.1	Anweisungstag	Tag	Monat
2.2	Fälligkeitstermin	Tag	Monat
2.3	Auszuzahlender (schwarz einzutragender) oder zurückzufordernder (rot einzutragender) Betrag (= Unterschiedsbetrag zur bisherigen Festsetzung)	DM	Pf

Kontrollsumme	
---------------	--

3	Wohngeldkontoblatt	Anw. Nr. 13–14	Schlüsseltext 15–20
			04 87 00
	Eingabe folgender Berechnungsdaten	700	6
			772

4	Inausgabebelegung überzahlten Wohngeldes	Anw. Nr. 13–14	Schlüsseltext 15–20
			72 87 00
4.1	Anweisungstag	Tag	Monat
4.2	Betrag	DM	Pf

Die richtige und vollständige Ermittlung der Daten wird bestätigt

Im Auftrag

(Unterschrift)

Im Auftrag

(Unterschrift)

(Ort, Datum)

Anlage 11
Muster 8

LANDESAMT FÜR DATENVERARBEITUNG UND STATISTIK
 NORDRHEIN-WESTFALEN
 IM AUFTRAG DER OBERFINANZDIREKTION DÜSSELDORF
 OBERFINANZKASSE (LAND)

WOHNGELDKONTOBLATT

FÜR DIE BEHÖRDE **BLATT**
 DÜSSELDORF, DEN

STAND:

244.1616

ZAHLUNGS-INFORMATIONEN: 797/ 798/ 799/ 800/ ZAHLUNGS-UNTERBRECHUNG:

SOLL

IST

BUCHUNGS-DATUM 1	GESAMT-ZEITRAUM 2	ZEITRAUM VON 3	ZEITRAUM BIS 4	MONATS-BETRAG 5	GESAMT/FÄLLIG. 6	BUCHUNGS-DATUM 7	IST-BETRAG 8
---------------------	----------------------	-------------------	-------------------	--------------------	---------------------	---------------------	-----------------

GESAMT-IST BIS

VERBLEIBENDER KASSENREST:

GESAMTBETRAG/IST:

GESAMTBETRAG/SOLL (BIS FÄLLIGKEIT):

(Bewilligungsbehörde für Wohngeld)

(Wohngeldnummer)

Betrifft: Wohngeld

hier: Wiederholungsantrag

Sehr geehrter Wohngeldempfänger!

Der Bewilligungszeitraum für die laufenden Wohngeldzahlungen endet am _____.

Das Wohngeld kann nur weiterbewilligt werden, wenn Sie einen neuen Antrag stellen. Dieser Antrag ist spätestens bis zum _____ einzureichen,

wenn der neue Bewilligungszeitraum unmittelbar an den abgelaufenen Bewilligungszeitraum anschließen soll. Es empfiehlt sich jedoch, den Antrag unter Verwendung des beiliegenden Vordrucks schon jetzt einzureichen, weil sich sonst Verzögerungen in der Wohngeldzahlung nicht vermeiden lassen.

Dem Antrag sind die Nachweise beizufügen, die für die Entscheidung von Bedeutung sind. Diese können auch nachgereicht werden. Beachten Sie bitte die beigefügte Aufstellung der in Betracht kommenden Unterlagen und die Erläuterungen zum Antrag. Es liegt auch in Ihrem Interesse, daß Sie die beiliegenden Vordrucke vollständig ausfüllen, damit die Bearbeitung des Antrags nicht durch zeitraubende Rückfragen verzögert wird.

Um alle Anträge schnell bearbeiten zu können, werden Sie gebeten, von persönlichen Vorsprachen abzusehen. Falls eine Rücksprache erforderlich ist, erhalten Sie eine schriftliche Einladung.

Sollten Sie bereits einen Wiederholungsantrag gestellt haben, so betrachten Sie bitte dieses Schreiben als erledigt.

Mit freundlichen Grüßen
Bewilligungsbehörde für Wohngeld

(Bewilligungsbehörde für Wohngeld)

(Ort, Datum)

An die
Oberfinanzdirektion Düsseldorf
— Oberfinanzkasse (Land) —
Jürgensplatz 1
4000 Düsseldorf 1

Betrifft: Zahlungsverhinderung von Wohngeld

Der zum Ende / zur Mitte *) des Monats _____ 198____ fällige Wohngeldbetrag

für _____
(Name, Vorname, Straße, Hausnummer, Ort)

zu zahlen an _____
(Name, Vorname, Straße, Hausnummer, Ort)

Wohngeldnummer

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

, ist nicht auszuzahlen.

Betrag

Die Zahlungsverhinderung ist bereits am _____ 198__ fernmündlich veranlaßt worden.

Im Auftrag

(Unterschrift)

Vermerk der Oberfinanzkasse	
erledigt:	unerledigt zurück:

Oberfinanzdirektion Düsseldorf
— Oberfinanzkasse (Land) —
An den
Oberstadt-, Stadt-, Gemeindedirektor *)

Düsseldorf, den _____

in _____

Betrifft: Zahlungsverhinderung von Wohngeld

Die Zahlungsverhinderung des zum Ende / zur Mitte *) des Monats _____ 198____ fälligen Wohngeldbetrages

für _____
(Name, Vorname, Straße, Hausnummer, Ort)

zu zahlen an _____
(Name, Vorname, Straße, Hausnummer, Ort)

Wohngeldnummer

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

- ist veranlaßt.
- Bei Eingang der Zahlungsverhinderung waren die Überweisungsträger bereits versandt.
- Der Zahlungsempfänger ist in der Gesamtzahlungsliste nicht aufgeführt.

Im Auftrag

*) Nichtzutreffendes bitte streichen.

(Unterschrift)

(Bewilligungsbehörde für Wohngeld)

(Ort, Datum)

An die
Außenstelle des Landesamtes für Datenverarbeitung
und Statistik Nordrhein-Westfalen
Concordiastraße 32 (Berocenter)
4200 Oberhausen 1

Betrifft: Wohngeld

hier: Arbeitsbegleitzettel für maximal 300 Eingabewertbogen

RB	Bewilligungsbehörde		Aufgabengebiet	Lfd. Nummer des Arbeitsbegleitzettels
	Kreis	Gemeinde		
			1618	

Als Anlage übersende ich _____ Eingabewertbogen mit der Bitte um weitere Veranlassung.

Im Auftrag

(Unterschrift)

4200 Oberhausen, den _____

Urschriftlich an den Absender zurückgesandt.

Die Zahl der Eingabewertbogen weicht von der angegebenen Zahl ab. Durch das LDS wurden _____ Eingabewertbogen gezählt.

Im Auftrag

(Unterschrift)

Eingabewertbogen Wohngeld

Wohngeldauskunftsverfahren

Wohngeldnummer				
RB	Kreis	Gmd.	Unterscheidungsnummer	PZ
1	2-3	4-6	7-11	12

Name und Anschrift des Antragstellers: _____

Anweisung für die Beteiligung am Wohngeldauskunftsverfahren	Anw.-Nr.	Schlüsseltext
	13-14	15-20
		03 87 00
Änderungsschlüssel DTA: Zugang = 1 Änderung = 2 Abgang = 4		21
Schlüssel Sozialamt: Abgang = 0 Zugang — Wohngeld nicht an das Sozialamt gezahlt = 1 Zugang — Wohngeld an das Sozialamt gezahlt = 2 Zugang — Nachzahlung und Zahlung für den laufenden Monat an das Sozialamt gezahlt = 3		23
Schlüssel Kasse: Abgang = 0 Zugang = 1		24
Aktenzeichen Sozialamt:	27-40	
Kassenzeichen:	41-60	

Zahlungsempfänger 1	Anrede (21)	Name, Vorname (22-44)		Anw.-Nr.	Schlüsseltext
				13-14	15-20
Straße, Hausnummer (45-60)	PLZ (61-64)	Ort (65-80)			01 87 01
Zahlungsempfänger 2	Anrede (21)	Name, Vorname (22-44)			01 87 02
Straße, Hausnummer (45-60)	PLZ (61-64)	Ort (65-80)			
Unbare Zahlung Zahlungsempfänger 1	Bankleitzahl (21-28)	Konto-Nr. (61-70)			02 87 01
Bezeichnung des Kreditinstituts (Bank, Sparkasse, Postscheckamt) (29-60)					
Unbare Zahlung Zahlungsempfänger 2	Bankleitzahl (21-28)	Konto-Nr. (61-70)			02 87 02
Bezeichnung des Kreditinstituts (Bank, Sparkasse, Postscheckamt) (29-60)					

Eingabe folgender Berechnungsdaten	700	6	Anteiliges Wohngeld an Sozialhilfeträger	800	Sozialhilfeempfänger	948	Anw.-Nr.	Schlüsseltext
							13-14	15-20
							0 4 8 7 0 0	

Die richtige und vollständige Ermittlung der Daten wird bestätigt.

Im Auftrag

(Unterschrift)
Im Auftrag

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

II.

Hinweise

Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen

Nr. 19 v. 1. 10. 1985

(Einzelpreis dieser Nummer 2,50 DM zuzügl. Portokosten)

Seite	Seite
Allgemeine Verfügungen	
Anordnung über Mitteilungen in Zivilsachen (MiZ!)	217
Amtsärztliche Untersuchungen und Begutachtungen von Justizbediensteten	217
Berufsschulunterricht in Justizvollzugsanstalten	220
Bekanntmachungen	220
Personalnachrichten	221
Ausschreibungen	223
Rechtsprechung	
Zivilrecht	
1. ZPO §§ 406, 485 ff. - Die Ablehnung eines Sachverständigen wegen Besorgnis der Befangenheit im Beweissicherungsverfahren ist grundsätzlich zulässig, es sei denn, daß dadurch der Zweck der Beweissicherung vereitelt würde. Eine von einer Partei erst im anschließenden Hauptprozeß angebrachte Ablehnung des Sachverständigen ist unzulässig, wenn ihr die behaupteten Ablehnungsgründe schon während des Beweissicherungsverfahrens (hier: durch das Gutachten selbst) bekannt gewesen oder geworden sind. OLG Düsseldorf vom 23. August 1985 - 23 W 31/85	223
2. PStG § 47; BGB § 1355 II Satz 1; EGBGB Art. 14 - Schließen gemischtnationale Verlobte (hier: Türke und Deutsche) mit ständigem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland vor einem deutschen Standesbeamten die Ehe, so können die Verlobten den Geburtsnamen der deutschen Ehefrau als gemeinsamen Ehenamen bestimmen, auch wenn das Heimatrecht des ausländischen Ehemannes eine solche Namenswahl nicht kennt und deshalb auch nicht anerkennt. OLG Hamm vom 13. Juni 1985 - 15 W 84/83	225

- MBL NW. 1985 S. 1577.

Nr. 20 v. 15. 10. 1985

(Einzelpreis dieser Nummer 2,50 DM zuzügl. Portokosten)

Seite	Seite
Allgemeine Verfügungen	
Dritte Verwaltungsverordnung zur Änderung der Verwaltungsverordnung über die Inanspruchnahme von Gerichtsvollziehern nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen - VerwVO VwVG NW -	229
Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die Prozeßkostenhilfe (DB - PKHG)	229
Bekanntmachungen	238
Personalnachrichten	238
Ausschreibungen	240

- MBL NW. 1985 S. 1577.

Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen**Nr. 57 v. 21. 10. 1985**

(Einzelpreis dieser Nummer 1,85 DM zuzügl. Portokosten)

Glied- Nr.	Datum		Seite
2036	24. 9. 1985	Dritte Verordnung zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung G 131	592
216	23. 9. 1985	Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Jugendschutzgesetz und dem Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften	592
7123	24. 9. 1985	Neunte Verordnung zur Änderung der 2. Berufsbildungs-Zuständigkeitsverordnung	592
7123	24. 9. 1985	Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung zum Verwaltungsfachangestellten/zur Verwaltungsfachangestellten im Lande Nordrhein-Westfalen – Fachrichtungen Allgemeine Verwaltung des Landes und Kommunalverwaltung –	593
7124	24. 9. 1985	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Zuständigkeiten nach der Handwerksordnung	593
75	24. 9. 1985	Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Fernwärme	593
	30. 9. 1985	6. Nachtrag zur Urkunde vom 31. Dezember 1958 (GV. NW. 1959 S. 11) über die Verlängerung der Verleihung des Rechts zum Betrieb der Neusser Eisenbahn	594

– MBl. NW. 1985 S. 1578.

Einzelpreis dieser Nummer 15.– DM

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den August Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (02 11) 68 88/2 38 (8.00–12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 61,40 DM (Kalenderhalbjahr), Jahresbezug 122,80 DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim Verlag vorliegen.

Die genannten Preise enthalten 7% Mehrwertsteuer

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (02 11) 68 88/2 41, 4000 Düsseldorf 1

Einzellieferungen gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. Versandkosten (je nach Gewicht des Blattes), mindestens jedoch DM 0,80 auf das Postscheckkonto Köln 85 18-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 4000 Düsseldorf 1

Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 4000 Düsseldorf 1

Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, 4000 Düsseldorf 1

ISSN 0177-3589